

# Beantwortung Wahlprüfsteine

## Bitkom e.V. – Bitkomat vom 11. Juni 2024

*Worum geht es genau? Über Digitalpolitik lässt sich trefflich streiten - und deshalb wollen wir pünktlich zur heißen Wahlkampfphase in Sachsen den „Bitkomat“ an den Start bringen. Zuletzt haben wir den Bitkomat zur Europawahl 2024 entwickelt - einen Eindruck davon können Sie sich [hier](#) verschaffen. Der Bitkomat soll einen niedrighschwelligem Zugang zu den wichtigsten digitalpolitischen Themen des Landes bieten und den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit geben, ihre Positionen mit denen der Parteien zu vergleichen. Dazu bitten wir Sie um Ihre Mithilfe.*

*Anbei finden Sie eine Übersicht von 20 Thesen zu den wichtigsten Fragen der Digitalpolitik in Sachsen. Wir würden uns freuen, wenn Sie in der Übersicht jeweils die Position Ihrer Partei (Zustimmung / Neutral / Ablehnung) und gerne (optional) auch einen kurzen ergänzenden Kommentar eintragen, so dass Ihre Position deutlich wird. Wichtig ist uns, dass wir es Ihnen so einfach wie möglich machen wollen. Daher handelt es sich auch nicht um klassische Wahlprüfsteine - vielmehr genügt es, die jeweilige Frage mit einem Kreuz zu beantworten.*

1. **Digitale Verwaltung** - Digital first: Sächsische Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollten bis zur Hälfte der nächsten Legislaturperiode ausnahmslos alle Behördengänge online erledigen können.

### Neutral

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Alle Behördengänge bis zum Jahr 2027 vollständig online verfügbar zu haben, ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Grundsätzlich stimmt die SPD diesem Ziel zu. Momentan liegt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Sachsen bei 36 Prozent, das ist im Bundesvergleich leicht überdurchschnittlich. Aber selbst die besten Bundesländer liegen derzeit bei 41 Prozent. Deshalb braucht es nicht nur große Anstrengungen und deutliche Investitionen für die Digitalisierung, sondern auch etwas Skepsis, ob die Umsetzung bis 2027 wirklich ausnahmslos gelingt.

2. **Digitalministerium** - Um Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung zu bündeln, sollte die Landesregierung ein eigenständiges Digitalministerium einrichten.

### Stimme nicht zu

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Digitalisierung ist ein Querschnittsthema. Jedes Ressort hat hier seine Fachkompetenzen entsprechend seiner Zuständigkeiten. Ein separates Digitalministerium

würde aus unserer Sicht einen höheren Koordinierungsaufwand bedeuten, für den es Personalzuwachs bräuchte. Die 2022 beschlossene Digitalstrategie für den Freistaats Sachsen bringt mittlerweile mehr Effizienz und ein besseres Monitoring der Maßnahmen der Ressorts mit sich. Der 8. Platz des Freistaats beim bitkom-Länderranking bestätigt das. Entscheidend für eine Beschleunigung von Digitalisierungsmaßnahmen sind vor allem ausreichende Investitionen in IT-Infrastruktur und -Lösungen.

3. **Online-Wahl** - Bei Landtagswahlen sollte man seine Stimme zukünftig online abgeben können.

**Stimme nicht zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Es kann bisher technisch nicht garantiert werden, dass die Stimmabgabe auch den verfassungsrechtlich erforderlichen Erfolgswert hat (siehe entsprechende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts). Diskussionswürdig wäre aus Sicht der SPD eher eine andere Erleichterung: Während der Corona-Pandemie erhielten bei einigen kommunalen Wahlen alle Wählerinnen und Wähler unangefordert ihre Briefwahlunterlagen. Dies hat nachweislich zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung beigetragen (vgl. Studie der Universität Bayreuth).

4. **Open Data** - Sächsische Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollten einen Rechtsanspruch auf die Nutzung von Verwaltungsdaten erhalten und deren Bereitstellung im Zweifel einklagen können.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

5. **Informatik als Pflichtfach** - Informatik sollte in Sachsen ab Klasse 5 als Pflichtfach mit einem festen wöchentlichen Stundenkontingent unterrichtet werden

**Stimme nicht zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Informatik wird bereits heute ab Klassenstufe 7 als Pflichtfach mit einem festen wöchentlichen Stundenkontingent in den sächsischen Schulen unterrichtet. Dem geht ein Unterricht im Fach „Technik/Computer“ in den Klassenstufen 5 und 6 voraus. Wichtig ist aus Sicht der SPD, dass informatische Bildung und Medienbildung darüber hinaus in der Unterrichtspraxis aller anderen Fächer einen wichtigen Stellenwert einnehmen.

6. **Endgeräte im Unterricht** - Digitale Endgeräte sollten im Unterricht weiterhin erlaubt sein und verantwortungsbewusst eingesetzt werden.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

7. **Digitalisierung der Schulen** - Jede sächsische Schule sollte ein selbstständig verwaltetes Budget für digitales Lehren & Lernen erhalten.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

8. **Fortbildung von Lehrkräften** - Sachsens Lehrkräfte sollten sich verpflichtend zu digitalen Kompetenzen weiterbilden

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

9. **Hochschulen** - Alle Studiengänge an sächsischen Hochschulen sollten ein verpflichtendes Modul zu Digitalkompetenzen vorsehen.

**Stimme nicht zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): In vielen Studiengängen ist die Arbeit mit digitalen Endgeräten und Anwendungen bereits heute Standard und essentieller Bestandteil vieler fachwissenschaftlicher Module. Ein gesondertes Modul zu Digitalkompetenzen mag in manchen Studiengängen sinnvoll sein, in anderen dagegen nicht. Die Hochschulen sollten das im Hochschulgesetz verankerte Ausbildungsziel Digitalkompetenzen deshalb auch künftig eigenständig umsetzen können. Wesentlicher ist aus unserer Sicht der gesicherte Erwerb von Digitalkompetenzen in der Schule.

10. **Digitale Teilhabe** - Der Freistaat Sachsen sollte gezielt Programme zur Förderung der digitalen Teilhabe älterer Menschen im ländlichen Raum ausbauen.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

11. **Mikroelektronik** - Um die gesamte Wertschöpfungskette am Mikroelektronikstandort Sachsen weiter zu stärken, sollte der Freistaat auch den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten für Mikrochips fördern.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

12. **Künstliche Intelligenz** - Die KI-Transferzentren an Sachsens Hochschulen sollten weiter ausgebaut werden, um die Nutzung von Forschungsergebnissen in der Praxis zu fördern.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

13. **Bessere Chancen für Startups** - Die Vergabe öffentlicher Aufträge an Start-ups sollte erleichtert werden, z.B. durch den Aufbau einer eigenen Anlaufstelle für Startups.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Bereits heute gibt es mit futureSAX, dem Akzeleratorenprogramm, dem Gründerpreis oder auch dem Mikro-Darlehnsprogramm eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten für Startups. Mit einer Novellierung des Vergabegesetzes könnten auch Kriterien oder Boni eingeführt werden, welche Startups den Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern.

14. **Wagniskapital für Wachstumsunternehmen** - Zur Stärkung der Startup-Szene sollte der Technologiegründerfonds Sachsen in der neuen Legislaturperiode einen Wachstumsfonds mit Ticketgrößen im zweistelligen Millionenbereich auflegen, um vielversprechende, schnell wachsende Startups auch in ihrer späteren Wachstumsphase zu unterstützen.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Eine solche Maßnahme hält die SPD für sehr wünschenswert, sie setzt aber – wie auch wirkungsvolle Investitionen in die technische und digitale Infrastruktur – entsprechende finanzielle Mittel voraus. Deshalb setzt sich die SPD für die Einrichtung eines

Sondervermögens („Sachsenfonds“) ein, mit dem die Transformation der Wirtschaft im Freistaat kraftvoll unterstützt werden kann.

**15. IT-Fachkräfte / Fachkräfteeinwanderung** - Die Staatsregierung sollte die Zuwanderung von IT-Fachkräften fördern und eine starke Willkommenskultur im Land schaffen.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Bei der „Schaffung“ einer gesellschaftlichen Kultur (Willkommenskultur) kann der Staat Vorbild sein und Impulse geben. Gebraucht werden dafür aber alle – die Beschäftigten in den Unternehmen und ihre Familien genauso wie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

**16. Netzausbau I** - Um den Gigabitausbau zu beschleunigen, sollten alle erforderlichen Genehmigungen in einem Schritt digital beantragt werden können.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

**17. Bekämpfung von Cybercrime** - Auf den Einsatz gegen Internetkriminalität spezialisierte Polizeieinheiten sollten deutlich mehr Personal erhalten.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

**18. Verfolgung von Hate Speech im Netz** - Die Staatsregierung sollte die Zentrale Meldestelle für Hasskriminalität im Internet (ZMI) stärken, z.B. durch mehr Personal und finanzielle Mittel sowie höhere Sichtbarkeit.

**Stimme zu**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen):

19. **KI in der Polizei** - KI hat das Potential, die Leistungsfähigkeit der Polizei zu steigern. Die sächsische Polizei sollte daher landesweit KI-Prognosesoftware z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen einsetzen.

**Neutral**

opt. Erläuterung (max. 700 Zeichen): Der Einsatz von KI bei der Polizei ist in vielen Bereichen möglich und auch sinnvoll, um große Datenmengen zu bewältigen. Dies gilt bei der Massenauswertung von Daten ebenso wie bei der Verwaltung von Asservaten. Bei Einsatzbereichen, welche potentiell im Konflikt mit datenschutzrelevanten Aspekten stehen (z.B. predictive policing), ist eine Abwägung im Einzelfall erforderlich.

20. **Einheitlicher Datenschutz** - Sachsen sollte sich für mehr Einheitlichkeit in der Datenschutzaufsicht einsetzen – mit dem Ziel einer gemeinsamen Datenschutzaufsicht für alle Länder und den Bund.

**Neutral**

Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben in den letzten Jahren große Schritte hin zur Einheitlichkeit beim Auslegen, Anwenden sowie Weiterentwickeln des Datenschutzes unternommen. Eine gemeinsame Datenschutzaufsicht für alle Länder und den Bund hätte daher nur geringe Auswirkungen, da in den Bundesländern trotzdem regionale Strukturen und Ressourcen vorgehalten werden müssten.